

NACHRICHTEN

750.000 EURO ABSCHUSSPRÄMIE
Sibirien lässt Wölfe töten



Erlegter Wolf Foto: reuters

MOSKAU | Nachdem Wölfe in Sibirien im vergangenen Jahr mehr als 16.000 Rentiere und 3.000 Pferde gerissen haben, bläst die Regierung der Teilrepublik Jakutien zur Jagd auf die Raubtiere. Derzeit streifen mehr als 3.500 Wölfe durch das russische Gebiet, das 8,5-mal so groß ist wie Deutschland. Die Behörden wollen ihre Zahl nun auf maximal 500 reduzieren. Die Tiere würden immer mehr zur Gefahr, sagte ein Behördensprecher der Agentur Ria Nowosti zufolge. Die Behörden im Fernen Osten setzen Abschussprämien in Höhe von insgesamt umgerechnet 750.000 Euro aus. (dpa)

PFERDEFLEISCH-LASAGNE
Statt Vernichtung
an die Tafel

BERLIN | Aus dem Verkauf genommene Tiefkühl- und Konservengerichte, die undeckeltes Pferdefleisch enthalten, sollten aus Sicht des Bundestagsabgeordneten Hartwig Fischer nicht voreilig vernichtet werden. „Es handelt sich bei den in Deutschland gefundenen Artikeln um qualitativ hochwertige und nicht gesundheitsgefährdende Lebensmittel“, sagte der CDU-Entwicklungsminister. Die betroffenen Produkte sollten daher neu deklariert und Hilfsorganisationen wie den Tafeln zur Verfügung gestellt werden. (dpa)

FAULE KREDITE
18 Milliarden Euro
Bürgschaft an Bank

BRÜSSEL | Die EU-Kommission hat eine Bürgschaft über 18 Milliarden Euro für die Immobilienbank Crédit Immobilier de France (CIF) genehmigt. Die Unterstützung durch den französischen Staat sei notwendig, um den Liquiditätsbedarf der Bank zu decken. Die Genehmigung gilt nur für sechs Monate, bis Pläne für die Sanierung oder Abwicklung der Bank vorgelegt werden. Die CIF ist auf Wohnungskredite für einkommensschwache Familien spezialisiert und finanziert sich nahezu ausschließlich an den Kreditmärkten. (dpa)

ALLIANZ AUF REKORDKURS
Zweitbestes Ergebnis
für Versicherung

MÜNCHEN | Die Allianz hat Hurricane „Sandy“ und die Zinsflaute gut weggesteckt und erlangte 2012 das zweitbeste Ergebnis ihrer Geschichte. Das Betriebsergebnis stieg um ein Fünftel auf 9,5 Milliarden Euro, teilte Europas größter Versicherungskonzern mit. Der Nettogewinn verdoppelte sich im Jahr 2012 auf 5,2 Milliarden Euro. 40 Prozent des Überschusses sollen nun als Dividende an die Aktionäre fließen. Größter Wachstumstreiber ist im Moment die Vermögensverwaltung rund um den Anleihen spezialisten Pimco. (rtr)

ZAHL DES TAGES
Mädels machen
Lego reich

KOPENHAGEN | Weil jetzt auch immer mehr Mädchen mit Lego-Steinen bauen, hat der dänische Spielzeugkonzern Lego im letzten Jahr wieder einen Rekordgewinn eingefahren. Wie das Unternehmen am Donnerstag mitteilte, kletterte der Nettogewinn 2012 von 4,2 auf 5,6 Milliarden Kronen (rund 750 Millionen Euro). Konzernchef Jørgen Vig Knudstorp nannte als Grund die neue Serie Lego Friends für Mädchen. (dpa)

5,6 Mrd

Steinbrück lästert über die
„Last-Minute-Kanzlerin“

PARLAMENT Merkel lobt EU-Sporetat im Bundestag. Opposition nutzt Debatte für Generalabrechnung

BERLIN taz | Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat die Einigung der EU-Staatschefs auf einen Sparhaushalt für die Europäische Union gelobt. Der Kompromiss sei „ein Ergebnis, das sich sehen lassen kann“, sagte Merkel am Donnerstag in einer Regierungserklärung. Nötige Kürzungen seien mit Augenmaß vorgenommen worden. Der Kompromiss sende ein „klares Signal, dass wir zu mehr Wachstum und Beschäftigung kommen“.

Die Regierungschefs hatten sich vor knapp zwei Wochen in Brüssel auf einen Etat von höchstens 960 Milliarden Euro für die Jahre 2014 bis 2020 geeinigt. Im Vergleich zu den Vorjahren schrumpft damit das Budget zum ersten Mal in der Geschichte der Europäischen Union um 3 Prozent. Das EU-Parlament hatte bereits scharfe Kritik an dem Vorschlag geäußert. Es muss der Etatplanung noch zustimmen.

Merkel forderte die EU-Parlamentarier zu einer Einigung auf. Sie erwarte harte Diskussionen, sagte die Kanzlerin. Aber es seien alle gut beraten, „nicht vorrangig das Trennende zu sehen, sondern sich auf das Verbindende zwischen Rat und Parlament zu konzentrieren“. Die umstrittenen Kürzungen treffen auch innovative Bereiche. So soll die EU weniger Geld für Forschung ausgeben, ebenso sinken die Ausgaben für Telekommunikation, Transport und Energie.

Die Opposition nutzte die Debatte im Bundestag für eine Generalabrechnung mit Merkels

Krisenpolitik. „Die Bundesregierung ist die treibende Kraft für einen Sparkurs, der andere Länder in die Depression und Verelendung treibt“, sagte SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück. Merkels Strategie sei „weitgehend gescheitert“. Es sei nicht gelungen, den Kontinent zur wettbewerbsfähigsten Region der Welt zu machen. „Europas Wirtschaft dümpelt weiter am Tiefpunkt“, sagte Steinbrück. Merkel sei eine „Last-Minute-Kanzlerin“ mit einer Neigung zum Nichthandeln und Lavieren.

Grünen-Fraktionschef Jürgen Trittin bezeichnete das Verhandlungsergebnis als „rückwärtsgerichtet, unökologisch und unsozial“. Merkel zwingt der EU etwas anderes auf, als sie selbst in Deutschland praktiziert habe, sagte Trittin mit Blick auf Kriseninterventionen wie das Kurzarbeitergeld oder die Abwrackprämie. „Wer in einer Krise nur konsolidiert und nicht investiert, der verlängert die Krise.“

Linkspartei-Fraktionsvize Sahra Wagenknecht warf der Regierung vor, sie schaffe Banken eine „wunderbare Vollkasko-Verlustversicherung“. Bei den Plänen für eine europäische Bankenunion könnten sich die Finanzinstitute darauf verlassen, dass der Steuerzahler hafte. Die Regierung führe eine negative Vermögenssteuer ein, kritisierte Wagenknecht. Die Allgemeinheit müsse auf gute Schulen und auskömmliche Renten verzichten, um die Vermögen von Millionären zu schützen. ULRICH SCHULTE

Irreführende Vergleichsportale

STIFTUNG WARENTEST
Wer bei der Auswahl von Stromtarifen auf angeblich unabhängige Vergleichsseiten im Internet setzt, muss mit Fallen rechnen

BERLIN taz | Fünfmal „befriedigend“, viermal „ausreichend“, einmal „mangelhaft“ – die Stiftung Warentest hat den „unabhängigen“ Vergleichsportalen für Stromanbieter wahrlich kein gutes Zeugnis ausgestellt. Über Internetangebote wie Verivox, Check24 oder Preisvergleich.de sollen Verbraucher eigentlich den Durchblick behalten, sollen spielend leicht den günstigsten Stromtarif finden. Tatsächlich laufen die Nutzer dieser Portale jedoch Gefahr, dubiosen Anbietern auf den Leim zu gehen. „Wer sich nicht auskennt und die Voreinstellungen nicht ändert, landet bei verbraucherunfreundlichen Tarifen mit Vorkasse, undurchsichtiger Preisgestaltung oder langen Anschlusslaufzeiten“, teilt die Stiftung mit.

Bei einer Angebotsflut von 20.000 Energietarifen in Deutschland ist das durchaus ein Problem. Allein zwischen November 2012 und Januar 2013 haben mehr als zwei Millionen Haushalte den Stromtarif gewechselt. Für viele von ihnen sind Vergleichsportale im Internet eine wichtige Orientierungshilfe. Um dort aber zu einem fai-



Von wegen billig: Wer Geld sparen will, wird oft übers Ohr gehauen Foto: Mauritius Images/Augenblick

ren Tarif zu kommen, müsse man bereits Hintergrundwissen mitbringen, sagt Anita Stocker, Chefredakteurin des Stiftungsmagazins Test. „Wer die Voreinstellungen der Seiten übernimmt, erhält mehr oder minder fragwürdige Ergebnisse. Die meisten Portale gestalten ihre Seiten nach wie vor so, dass dubiose Dumpingtarife auf den vorderen Plätzen landen.“ Das auf dem ersten Blick attraktive Angebot kann durch lange Kündigungsfristen, kurze Preisgarantien und Rabatte, die im zweiten Vertragsjahr wegfallen, schnell zur Falle werden.

Es stelle sich die Frage, warum Internetportale, die sich als unabhängig und kundenorientiert präsentieren, de facto schlechte

Angebote an die Spitze der Empfehlungen stellen. „Es wäre ein Leichtes für die Vergleichsportale, ihre Voreinstellungen verbraucherfreundlich zu gestalten“, sagt Anita Stocker. Der Grund könnte in ihrer Finanzierung liegen: Tatsächlich finanzieren sich die Seiten nämlich nicht ausschließlich über Werbung, sondern zu großen Teilen auch über Provisionen. Bei jedem Anbieterwechsel, der über das Portal abgewickelt wird, er-

Wegen Provisionen? Dubiose Tarife landen auf vorderen Plätzen

hält der Betreiber vom Stromanbieter einen variablen Betrag.

Die Problematik ist schon länger bekannt: Im Jahr 2011 wurde bekannt, dass der Anbieter Verivox, in der aktuellen Studie mit einer Note von 2,6 („befriedigend“) Gruppenbesten, dem in zwischen insolventen Stromanbieter Teldafax im Gegenzug für erhöhte Provisionen mit Informationen über die Preisstrategie der Konkurrenz versorgt hatte.

Im Bericht der Stiftung Warentest wird nun die mangelnde Transparenz der Portale kritisiert: „Über die Höhe der Provisionen findet sich bei den meisten Anbietern wenig. Nach unseren Recherchen liegen sie oft zwischen 30 und 55 Euro pro vermittelten Vertrag.“ THOMAS BLOCK



VOM WORT ZUR TAT

» Als Quereinsteigerin in den Journalismus habe ich bei der taz u.a. gelernt, dass es auf den Inhalt der Zeitung ankommt und nicht auf den Inhalt eines Dirndls. «

Journalistenausbildung machen viele. Wir nicht. Der taz Panter Stiftung geht es um die grundsätzliche Förderung von Journalismus. Wir holen jährlich 80 junge Menschen in unsere taz Akademie, um ihnen zu vermitteln, dass es ohne unabhängigen Journalismus keine Demokratie gibt.

Bitte unterstützen Sie uns!

taz.panterstiftung

» JETZT SPENDEN!
TAZ PANTER STIFTUNG, TEL. 030 - 25 90 22 13,
GLS BANK BOCHUM, BANKLEITZAHL 430 609 67
KONTO-NR. 11 03 71 59 00, WWW.TAZ.DE/STIFTUNG



Bahn darf S 21 weiter bauen

STUTTGART Der Konzern soll nicht für Schlichtungsergebnis und neue Flughafen-Anbindung zahlen. Das will der Aufsichtsrat offenbar im März beschließen

BERLIN rtr | Trotz der Kostenexplosion wird das umstrittene Milliardenprojekt Stuttgart 21 nicht gestoppt. „Der Aufsichtsrat wird der Bahn für den Weiterbau bei der geplanten Sondersitzung im März grünes Licht geben“, sagte ein Mitglied des Gremiums am Donnerstag der Nachrichtenagentur Reuters. Ein Regierungsvertreter bestätigte, die Bundesvertreter im Aufsichtsrat des Staatskonzerns hätten sich auf diese Linie verständigt. Auf eine Weiterbau-Entscheidung noch vor Beginn der heißen Phase des Bundestagswahlkampfes habe das Kanzleramt hingewirkt. Im Dezember hatten die Aufsichtsräte dem Vorstand angesichts von Milliarden-Mehrkosten noch nicht freie Hand zur Fort-

führung des unterirdischen Bahnhofprojekts geben wollen. Weder ein Bahn-Sprecher noch das Bundesverkehrsministerium wollten sich zu den Angaben äußern.

Allerdings werde die bundeseigene Bahn nun aufgefordert, Sparmöglichkeiten zu nutzen, sagte ein Aufsichtsrat. So sollen die Mehrkosten aus dem Schlichtungsverfahren zu Stuttgart 21 sowie die veränderte Anbindung des Stuttgarter Flughafens nicht allein von der Deutschen Bahn getragen werden. Sie seien nicht Bestandteil der Verträge. Dadurch könnten mindestens 300 Millionen Euro Kosten vermieden werden.

Anfang der Woche hatten das Land Baden-Württemberg und

die Stadt Stuttgart erneut deutlich gemacht, sie würden sich an keinen Kosten über dem vereinbarten Rahmen von rund 4,5 Milliarden Euro beteiligen. Rund 1,1 Milliarden Euro an ungeplanten Lasten will die Bahn selbst tragen. Zudem sieht sie weitere Kostenrisiken von 1,2 Milliarden Euro, die sich aber mit Verzicht auf die Umsetzung der Schlichtungsergebnisse und der veränderten Flughafen-Anbindung um 300 Millionen Euro reduzieren würden.

Die Kostendebatte hatte den jahrelangen Streit über das Projekt neu angeheizt. Selbst in der Bundesregierung, im Aufsichtsrat der Bahn und der FDP hatten sich skeptische Stimmen gemehrt.